

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen  
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: [info@ai-el-salvador.de](mailto:info@ai-el-salvador.de)  
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>  
[https://twitter.com/AI\\_El\\_Salvador](https://twitter.com/AI_El_Salvador)  
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



01. April 2022

## EL SALVADOR: OFFENER BRIEF AN DEN PRÄSIDENTEN VON EL SALVADOR NAYIB BUKELE

AI-Index: AMR 41/5433/2022

Herr Präsident,

El Salvador steht seit Jahren vor großen Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Der dramatische Anstieg der am vergangenen Wochenende gemeldeten Tötungsdelikte macht deutlich, dass diese Herausforderungen nach wie vor bestehen.

Im Juni 2019, wenige Wochen nach Ihrem Amtsantritt, haben Sie sich mit einer Delegation von Amnesty International getroffen. Bei dieser Gelegenheit haben wir Sie gebeten, die Erfolge und Probleme der Maßnahmen zu überprüfen und zu bewerten, die zur Bewältigung der hohen Gewaltrate, mit der das Land seit Jahren konfrontiert ist, ergriffen wurden, und Strategien zu entwickeln, die mit den internationalen Menschenrechtsstandards in Einklang stehen, wobei die Stellungnahmen und Beiträge nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen berücksichtigt werden sollten.

Wie Sie sich erinnern werden, haben Sie sich während des Treffens [verpflichtet](#), eine umfassende Strategie für die öffentliche Sicherheit unter Berücksichtigung der Menschenrechte umzusetzen und einen interministeriellen Runden Tisch mit Amnesty International einzurichten, um die wichtigsten Herausforderungen in diesem Bereich anzugehen. Sie haben auch die wichtige Arbeit der salvadorianischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Rolle der Menschenrechtsverteidiger in diesem Land anerkannt.

Im Laufe Ihrer Amtszeit hat Amnesty International jedoch mit Besorgnis beobachtet und öffentlich angeprangert, dass viele Ihrer Maßnahmen die Menschenrechte verletzen und die Rechtsstaatlichkeit verschlechtern, und Sie die auf dem Treffen eingegangene Verpflichtung nicht einhalten.

Zweifelloos erfordert der plötzliche Anstieg der in letzter Zeit gemeldeten Tötungsdelikte sofortige Aktionen zum Schutz des Lebens und der Unversehrtheit der Menschen, und zu diesem Zweck haben die Behörden die Pflicht, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig müssen sie nachweisen, dass diese Maßnahmen verhältnismäßig und notwendig sind und im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen El Salvadors stehen. Die Maßnahmen, die der salvadorianische Staat bisher ergriffen hat, geben Anlass zu großer Sorge.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Erstens verstößt das von der gesetzgebenden Versammlung auf Ihren Antrag hin am 27. März erlassene Notstandsdekret (Dekret Nr. 333/2022) gegen internationale Menschenrechtsstandards. Es werden dadurch Rechte außer Kraft gesetzt, die nach den internationalen Menschenrechtsnormen auch im Ausnahmezustand nicht eingeschränkt werden dürfen, wie z.B. Elemente eines ordnungsgemäßen Verfahrens und gerichtliche Garantien, einschließlich des Rechts, die Gründe für die Inhaftierung zu erfahren, sowie das Recht auf Verteidigung in Strafverfahren, um nur einige zu nennen. Dies alles hindert Inhaftierte daran, die gegen sie erhobenen Anschuldigungen wirksam anzufechten und ein faires Verfahren zu erhalten, was inakzeptabel ist und gegen grundlegende Menschenrechtsgarantien verstößt und Opfern krimineller Gewalt das Recht auf Zugang zur Justiz verwehren könnte.

Darüber hinaus wird in dem genannten Dekret nicht begründet, warum die Aussetzung der verfassungsmäßigen Garantien für 30 Tage die geeignete, verhältnismäßige und notwendige Maßnahme zur Lösung eines Problems der öffentlichen Sicherheit sein soll. Die Aussetzung der gerichtlichen Garantien für die inhaftierten Personen, die bereits zu öffentlichen Beschwerden geführt hat, sowie die beunruhigenden Äußerungen, die Sie in sozialen Netzwerken gemacht haben und in denen Sie damit drohen, diese Personen Misshandlungen auszusetzen, deuten darauf hin, dass es sich hierbei keineswegs um eine geeignete Maßnahme handelt, sondern um eine Strafmaßnahme außerhalb des gesetzlichen Rahmens.

Zweitens wurde die Notstandsregelung von einem konfrontativen Diskurs des Präsidenten begleitet, der Menschenrechtsaktivist\*innen, Organisationen der Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und unabhängige Medien stigmatisiert und angreift, nur weil sie Bedenken oder Kritik an den in den letzten Tagen getroffenen Maßnahmen geäußert haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Staatschef Menschenrechtsverteidiger\*innen und Menschenrechtsschutzmechanismen öffentlich schikaniert. Kritik zum Schweigen zu bringen, macht sie nicht weniger gültig. Stattdessen könnte eine sachliche Debatte mit verschiedenen Sektoren dazu beitragen, eine wirksame und umfassende öffentliche Politik zu entwickeln. Es ist wichtig zu erwähnen, dass der salvadorianische Staat und insbesondere seine Regierung die Pflicht hat, Menschenrechtsverteidiger\*innen im Land zu schützen und ein förderliches Umfeld für die Verteidigung der Rechte zu schaffen.

Drittens billigte die gesetzgebende Versammlung in der Nacht zum 30. März die Änderung mehrerer Gesetze. Nach der Überprüfung der Texte ist Amnesty International der Ansicht, dass viele der Reformen eine eklatante Verletzung der Menschenrechte darstellen.

Besonders besorgniserregend ist die Einschränkung des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und einen fairen Prozess, das in einem Rechtsstaat unerlässlich ist. Durch Reformen von Gesetzen wie dem Strafgesetzbuch und der Strafprozessordnung wurden u.a. die Wirksamkeit der Erklärung der Aussageverweigerung aufgehoben, wenn die Person der Zugehörigkeit zu einer Bande beschuldigt wird, so dass das Verfahren fortgesetzt und eine Verurteilung ohne die Anwesenheit der beschuldigten Person in der Verhandlung ausgesprochen werden kann. Amnesty International ist der Ansicht, dass jedes Abwesenheitsverfahren per se unfair ist, mit einigen wenigen Ausnahmen, die in diesem Fall nicht gegeben sind.

Außerdem wurde die Begrenzung der Schutzhaft oder vorläufigen Haft (in Fällen, in denen das Urteil nicht innerhalb der gesetzlich zulässigen Frist verkündet wurde) aufgehoben, sodass einer Person die Freiheit auf unbestimmte Zeit entzogen werden kann, bis ein Urteil ergeht und ohne, dass eine Schuld festgestellt wird. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass die Schutzhaft nicht modifiziert werden kann und dass Prozesse ohne Kenntnis der Identität der Richter stattfinden dürfen - ein Umstand, auf den der



Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte bereits vor vielen Jahren hingewiesen hat.

Darüber hinaus sind einige der reformierten Vorschriften aufgrund ihrer Unbestimmtheit und Subjektivität besorgniserregend, wie beispielsweise die Änderung des Strafgesetzbuchs, die eine Freiheitsstrafe von 20 bis 30 Jahren für diejenigen vorsieht, die "direkt oder indirekt von Beziehungen jeglicher Art zu solchen Organisationen profitieren" (Banden, Gangs oder andere kriminelle Organisationen). Eine solche Bestimmung erfüllt nicht die Anforderungen des Legalitätsprinzips, das für El Salvador eine völkerrechtliche Verpflichtung darstellt.

Schließlich wurde auch das Haushaltsgesetz geändert, um zusätzliche Mittel für die Landesverteidigung bereitzustellen. Amnesty international ist besorgt darüber, dass anstelle einer schrittweisen und geordneten Abkehr von der Beteiligung der Streitkräfte an den Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und der Stärkung der Kapazitäten der nationalen Zivilpolizei weiterhin eine deutliche Präferenz für die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit besteht, die in allen Ländern gescheitert ist und die Problematik der Menschenrechtsverletzungen verschärft hat. Dies verstößt gegen internationale Menschenrechtsstandards, die besagen, dass Maßnahmen der öffentlichen Sicherheit in erster Linie zivilen Polizeikräften vorbehalten sein sollten.

Aus besagten Gründen fordern wir Sie, Herr Präsident, dazu auf,

1. dass das Dekret 333/2022, das zahlreiche Menschenrechte verletzt, in seiner Gesamtheit überprüft wird;
2. dass die am 30. März verabschiedeten Gesetzesreformen, die die Rechte auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und die grundlegenden Rechtsgarantien verletzen, überprüft werden;
3. dass die Menschenrechte von Personen, denen die Freiheit entzogen ist, garantiert werden, einschließlich des Rechts auf persönliche Unversehrtheit und des Rechts, nicht gefoltert oder einer anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe ausgesetzt zu werden;
4. dass der Einsatz des Militärkorps als außerordentliche Maßnahme beibehalten wird und dass gewährleistet wird, dass seine Maßnahmen in vollem Umfang mit den internationalen Normen für den Einsatz von Gewalt und Schusswaffen übereinstimmen, wobei er stets der ordentlichen Zivilgerichtsbarkeit unterliegt und jegliche außergewöhnliche Zuständigkeit, insbesondere die Militärgerichtsbarkeit, ausgeschlossen wird;
5. dass der Plan zur territorialen Kontrolle so bald wie möglich veröffentlicht wird, um die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen transparent zu machen.
6. dass ein hochrangiger, formeller und öffentlicher Dialog zwischen Ihrer Regierung, nationalen und internationalen Organisationen der Zivilgesellschaft und internationalen Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte eingerichtet wird, um Vereinbarungen zu treffen und eine öffentliche Politik zu schaffen, die die Menschenrechte achtet. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieses Schreibens.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Erika Guevara Rosas  
Direktorin der Americas



Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das spanische Original:

**El Salvador: Carta abierta al Presidente de El Salvador Nayib Bukele**

[https://www.amnesty.org/es/wp-](https://www.amnesty.org/es/wp-content/uploads/sites/4/2022/04/AMR4154332022SPANISH.pdf)

[content/uploads/sites/4/2022/04/AMR4154332022SPANISH.pdf](https://www.amnesty.org/es/wp-content/uploads/sites/4/2022/04/AMR4154332022SPANISH.pdf)

